

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Zum Charakter der Oktoberrevolution und deren Folgen.....	7
Vernichtung von Demokratie und Zivilgesellschaft	10
Der "demokratische Zentralismus" als Wesensmerkmal der KP-Diktatur.....	12
Perversion des Internationalismus.....	14
Die demokratische Gegenbewegung des Prager Frühlings.....	17
Das Ende des Sowjetkommunismus	19
Keine Sozialdemokratisierung der KPRF	21
Summary	25

5. Januar 1998

Heinz Timmermann

Revolution und Gegenbewegung

Aspekte von Machtbehauptung und Opposition im Kommunismus

Bericht des BIOst Nr. 6/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht befaßt sich exemplarisch mit Techniken der Machteroberung und Machtbehauptung der russischen/sowjetischen Kommunisten seit der Oktoberrevolution von 1917 sowie mit Bestrebungen, aus der kommunistischen Bewegung heraus reformorientierte Gegenbewegungen zu bilden. Dabei wird an einigen Punkten versucht, Querverbindungen zu der aus Ruinen auferstandenen KP Rußlands unter Sjuganow zu ziehen. Die Analyse stützt sich auf Originalquellen der betroffenen Parteien und zieht darüber hinaus Beiträge vornehmlich russischer und deutscher Spezialisten heran.

Ergebnisse

1. Nach Freigabe einer kritischen Geschichtsdiskussion im Zeichen der Glasnost Gorbatschows entstanden in Rußland starke Tendenzen, die Ereignisse des Oktober 1917 als "Putsch" einer kleinen Machtclique zu charakterisieren und nicht länger als breit verankerte "Revolution". Eine solche Interpretation scheint jedoch zumindest verkürzt. Gewiß läßt sich die gewaltsame Machtergreifung durch Lenin und seine Anhänger in engerem Sinne tatsächlich als "Putsch" einer kleinen Minderheit definieren. Diese Minderheit hätte aber keinerlei Durchsetzungschancen gehabt, hätten ihn seine Protagonisten nicht mit Forderungen verbunden, die unter der Bevölkerung damals ungeheuer populär waren.
2. Nicht weniger problematisch ist es, die daraus hervorgegangene kommunistische Diktatur auf ihren Aspekt von Zwang und Gewalt zu reduzieren. Natürlich stand dieser Aspekt im Vordergrund und bildete die Voraussetzung für die KP-Herrschaft. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die revolutionären Umbrüche zugleich auch Konsens für das Regime schufen. Dies geschah in einer Weise, daß den Millionen repressierten "Absteigern" in der Gesellschaft Millionen von "Aufsteigern" gegenüberstanden, die dem Regime ihre oft steile Karriere verdankten und es entsprechend unterstützten.
3. Paradoxerweise bewirkte Stalins These von der Möglichkeit des "Sozialismus in einem Land", die die Vorstellungen von Marx und Lenin geradezu auf den Kopf stellten, einen weiteren Konsensschub, weil sie den traditionellen Internationalismus mit dem großrussischen Nationalismus verband. Denn fortan ging es vorrangig um Stärkung und Moderni-

sierung des Vaterlandes und erst in zweiter Linie um die für den einfachen Sowjetmenschen reichlich abstrakte internationale revolutionäre Mission. Aus der konsensbildenden Funktion des als "Sowjetpatriotismus" verkleideten großrussischen Nationalismus, der mit dem Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland einen Höhepunkt erfuhr, sucht die links-patriotisch gewendete KPRF auch weiterhin Nutzen zu ziehen.

4. Vor diesem Hintergrund entstand mit der Sowjetunion zwar ein mächtiger Industriestaat, geprägt durch Industrialisierung, Urbanisierung und Bildungsexplosion, aber keine Industriegesellschaft mit ihren individuellen Rechten und ihren Chancen zu freiwilliger Assoziation. Anders ausgedrückt: Das sowjetisch industrialisierte Modell lief auf eine gesplante oder Pseudomodernisierung hinaus – Parlament als Tribüne der Akklamation, Fabrik ohne Arbeitnehmerrechte, Bildung unter Zensurbedingungen, Wissenschaft ohne Informationsfreiheit. Die so ausgerichtete Modernisierung hinterließ eine atomisierte, in ihren inneren Zusammenhängen zerstörte Gesellschaft. Die Konsequenzen sind heute in Rußland und den übrigen Ländern der GUS zu besichtigen – das Fehlen einer Bürgergesellschaft ist eine wesentliche Ursache für die Fragilität der Staatlichkeit in den Ländern dieser Region.
5. Der "demokratische Zentralismus" als Prinzip der innerparteilichen Willensbildung hatte bei der KPdSU und ihren Gefolgsparteien einen ausgeprägt undemokratisch-diktatorischen Charakter. Das Politikmonopol der Parteiführung war nicht einfach zwangsweise verordnet, sondern erhielt die Weihe wissenschaftlich fundierter Legitimität. Damit wurde der "demokratische Zentralismus" mehr als nur die Grundlage des Parteaufbaus – er wurde zum pseudowissenschaftlichen Hauptinstrument der jeweiligen Führungsspitze zur Durchsetzung ihrer Konzeption von Auftrag, Strategie und Taktik der Partei. Jedenfalls trugen die Organisationsprinzipien ganz wesentlich zu Willkür und Erstarrung im Kommunismus bei: Die Reformfähigkeit einer Gesellschaft hängt nicht zuletzt davon ab, ob kritische Gedanken und alternative Konzeptionen im Meinungskampf artikuliert werden können und Durchsetzungschancen haben.
6. Auf spezifische Weise wurden die Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" von den Sowjets auch auf die internationalistische Ebene übertragen. Dies wirkte sich auf die kommunistische Bewegung insofern verhängnisvoll aus, als die KPdSU spätestens seit Mitte der 20er Jahre offen die politisch-programmatische Führung beanspruchte und auch durchsetzte. Damit hatten sich die KPen an der – für sie oft kaum nachvollziehbaren – sowjetischen Staatsräson zu orientieren und gerieten sogar in den Strudel der Moskauer Fraktionskämpfe. Die damit verbundenen negativen Folgen für eine realistische Einschätzung von Faschismus und Sozialdemokratie sind evident.
7. Als Beispiele für reformorientierte Gegenbewegungen aus der kommunistischen Bewegung heraus befaßt sich der Bericht kurz mit zentralen Zielen des Kronstädter Matrosenaufstands von 1921 und eingehender mit dem Programm des Prager Frühlings von 1968. Tatsächlich leitete die Dubček-Führung in Theorie und Praxis eine radikale Umwertung der ideologischen Kernpunkte des Marxismus-Leninismus ein. Dies bezog sich auf die Allmacht der führenden KP ebenso wie auf die über den Staat vermittelte Vernichtung der Zivilgesellschaft und die ideologisch verbrämte Instrumentalisierung des "demokratischen

Zentralismus". Die Konzeptionen der Prager Reformer bleiben auch nach der sowjetisch geführten Militärintervention virulent. Sie trugen nicht zuletzt dazu bei, in der nachwachsenden Führungsgeneration der Sowjetunion selbst das Nachdenken über die Notwendigkeit demokratisch-sozialistischen Wandels zu stimulieren.

8. Die Zerschlagung des Prager Reformexperiments hatte gezeigt: Im Rahmen des bestehenden Systems war es hinfert nicht mehr möglich, alternative politische Programmdiskussionen zu führen. Nach einer vorübergehenden Belebung unter Chruschtschow hatte die offizielle Ideologie im Realsozialismus Breschnews endgültig ihre innere Dynamik eingebüßt. Dies war auch ein zentraler Grund für das Scheitern des Versuchs von Gorbatschow, die traditionelle Ideologie der KPdSU aus ihrer Erstarrung zu lösen und die Partei nach Abspaltung der reaktionären Teile in eine Formation sozialdemokratischen Typs zu transformieren.
9. Auf andere Weise wurde die KPdSU dann tatsächlich gespalten: Die damaligen KP-Reformer, beginnend mit Jelzin, verließen die KPdSU, leiteten eine demokratische Gegenrevolution ein und bestimmen heute die politische Richtung in Rußland. Die damaligen Traditionisten ihrerseits, angefangen bei Sjuganow, bilden heute die Opposition – diesmal nicht aus marxistisch-leninistischen, sondern aus linksnationalistisch-imperialen Positionen heraus. Dies signalisiert zwei Dinge. Zum einen: Der Marxismus-Leninismus ist de facto auch in Rußland tot, er hat in Form der KPdSU-Nachfolgepartei KPRF einem linksnationalistisch-imperialen Projekt Platz gemacht. Und zum andern: Dieses Projekt hat tiefe Wurzeln in der KPdSU und deren großrussischen Ausprägungen. Eins jedenfalls ist evident: Die KP Sjuganows steht viel stärker in der Tradition ihrer Vorgängerin als die Ex-KPen Ostmitteleuropas, die sich inzwischen in ihrer Mehrheit glaubhaft zu Sozialdemokraten gewandelt haben und auf verschiedene Weise an die Sozialistische Internationale angebunden wurden. In Ostmitteleuropa war es der demokratische Sozialismus, der über den Partei-Marxismus/Leninismus triumphierte, in Rußland dagegen zu ganz wesentlichen Teilen der großrussische Nationalismus.

Zum Charakter der Oktoberrevolution und deren Folgen

Revolution und Gegenbewegung, Machtbehauptung und Opposition im Kommunismus – ein außerordentlich komplexes Thema! Ein Thema, das von zwei Seiten aus zu beleuchten wäre. Wie funktionierte die *Machtbehauptung* von der Oktoberrevolution an, über die verschiedenen Phasen und Formen der bolschewistisch-kommunistischen Herrschaft bis hin zu ihrem Ende – das ist die eine Seite. Die andere Seite müßte die Frage nach Charakter und Wirkungsweise von *Gegenmacht* sein, wie z.B. im Ungarn-Aufstand oder im Prager Frühling, aber gewiß nicht nur hier.

Schon diese kurze Übersicht macht deutlich, daß eine chronologische Abhandlung im folgenden nicht möglich, weil zu umfangreich ist. Hier soll daher ein exemplarisches Vorgehen gewählt werden, wobei einige Schwerpunkte zu setzen sind: 1. Oktoberrevolution und bolschewistische Diktatur – Gewalt und Teilkonsens; 2. Der Bolschewismus/Realsozialismus als staatliche Veranstaltung und konsequente Vernichtung der Zivilgesellschaft; 3. Aspekte der Machtorganisation – zur Wirkungsweise des "demokratischen Zentralismus"; 4. Die Perversi- on des Internationalismus zugunsten von großrussischem Nationalismus und Imperialismus; 5. Die reformkommunistische *Gegenbewegung* gegen den sogenannten Realsozialismus sow- jetischen Typs, und 6. Einige Gedanken zum Ende des Sowjetkommunismus.

Bei alldem soll an einigen Stellen versucht werden, stichwortartig Querverbindungen zu der aus Ruinen auferstandenen mächtigen Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) unter Sjuganow zu ziehen.¹ In einigen Punkten ist der Rückgriff der Sjuganow-Partei auf Positionen der KPdSU tatsächlich frappierend und erklärt, weshalb sich die KPRF im Gegensatz zu den meisten anderen Ex-KPen Osteuropas *nicht* sozialdemokratisiert.

Zunächst also einige Überlegungen zur Oktoberrevolution: War sie eine Revolution, die sich auf Zustimmung breiter Bevölkerungsgruppen stützen konnte, oder war sie ein Putsch einer kleinen Machtelite? In der Sowjetunion wurden die Oktoberereignisse von den Bolschewiki als eine Revolution glorifiziert, deren Programm den genuinen Interessen der Bevölkerung entsprach. Nach Freigabe einer kritischen Geschichtsdiskussion im Zeichen der Glasnost Gorbatschows entstanden in Rußland starke Tendenzen, die Ereignisse des Oktober 1917 als "Putsch" einer kleinen Machtclique zu charakterisieren und nicht länger – entsprechend der bisherigen Tradition – als breit verankerte "Revolution".

Eine solche Interpretation scheint jedoch zumindest verkürzt und wenig geeignet, die Oktoberereignisse in ihrer Komplexität zutreffend zu deuten. Gewiß: Die gewaltsame Machtergreifung durch Lenin und seine Anhänger im Oktober 1917 läßt sich in engerem Sinne tatsächlich als "Putsch" charakterisieren, ausgeführt von einer kleinen Minderheit. Diese Minderheit hätte aber keinerlei Durchsetzungschancen gehabt, hätten ihn seine Protagonisten nicht mit Forderungen verbunden, die unter der Bevölkerung damals ungeheuer populär wa-

¹ Vgl. dazu meinen Beitrag – Rußlands KP: Zwischen angepaßtem Leninismus und Volkspatriotismus, in: Osteuropa (Aachen), Nr. 8/1997, S. 749-761.

ren: Friede, das Land den Bauern, Arbeiterkontrolle über die Produktion, Freiheit und Selbstbestimmung für die dem russischen Reich angehörenden Nationen. Dies war gewiß keine genuin bolschewistische Programmatik, sie fand sich mit spezifischen Akzenten auch und gerade bei den Sozialrevolutionären und den Menschewiki. Die Bolschewiki setzten sie jedoch – im Gegensatz zu den zögernden Kräften der demokratischen Linken – zunächst konsequent in die Praxis um und zogen damit große Teile der Bevölkerung auf ihre Seite.

In weiterem Sinne – und schon gar mit Blick auf die Folgen – handelt es sich somit bei den Oktoberereignissen tatsächlich um eine Revolution oder, mit Ruffmann zu sprechen, um die "Machtergreifung einer Minderheit auf der Grundlage, mit der Schubkraft einer tiefen revolutionären Massenströmung".² Auf einem ganz anderen Blatt steht freilich, daß die Bolschewiki nach Festigung ihrer Macht ihre für die Massen attraktiven Programme ohne Zögern über Bord warfen und eine Staat, Wirtschaft und Gesellschaft überwältigende Parteidiktatur errichteten. So gesehen war Lenin keineswegs jener prinzipientreue Führer, als der er in der Sowjetunion charakterisiert und gelegentlich auch im Westen wahrgenommen wurde. Vielmehr war Lenin das, was er der Sozialdemokratie hartnäckig vorhielt: ein eingefleischter Opportunist und Revisionist, prinzipientreu nur in dem Ziel, mit allen Mitteln die Macht zu erobern und zu erhalten.

Paradoxerweise ist Lenin für die KPRF Sjuganows heute gerade aufgrund seiner opportunistischen Schwenks, seiner programmatischen Prinzipienlosigkeit als Bezugsperson so wertvoll. Wäre er ein Prinzipienreiter gewesen, so würde die Berufung auf ihn die in sich äußerst heterogene KPRF heute eher sprengen. Als Vater so unterschiedlicher Ereignisse wie der Oktoberrevolution, des Kriegskommunismus und der Neuen Ökonomischen Politik dagegen übt Lenin geradezu ideal die Funktion aus, als Symbol und Bezugspunkt für das breite Spektrum der heute in der KPRF versammelten Strömungen und Plattformen zu dienen.

Wenn es also fragwürdig ist, die Oktoberereignisse auf einen "Putsch" zu reduzieren, so ist es nicht weniger problematisch, die daraus hervorgegangene kommunistische Diktatur auf ihren Aspekt von Zwang und Gewalt zu verengen. Natürlich stand dieser Aspekt im Vordergrund und bildete die *Voraussetzung* für die kommunistische Herrschaft. Nicht übersehen werden darf hierbei jedoch folgende Tatsache: Die revolutionären Umbrüche schufen auch – in verschiedenen Epochen unterschiedlich ausgeprägt – *Konsens* für das Regime.³ Dies geschah in einer Weise, daß beispielsweise den Millionen repressierten und vernichteten "Absteigern" in der Gesellschaft Millionen von "Aufsteigern" gegenüberstanden, die dem Regime ihre oft steile Karriere verdankten und es entsprechend trugen und unterstützten. Anders ausgedrückt: Die Reduktion auf den Gewaltaspekt des Bolschewismus übersieht die von ihm betriebene Dynamik gesellschaftlichen Wandels, aus dem er wiederum Legitimität und Konsens bezog.

² Karl-Heinz Ruffmann, Fragen an die sowjetische Geschichte. Von Lenin bis Gorbatschow, München 1987, S. 19.

³ Hierzu und zum folgenden W. Eichwede, Stalinismus und Modernisierung, in: B. Faulenbach/M. Stadelmaier (Hrsg.), Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991, Essen 1993, S. 40-48; sowie B. Orlow, Die Lehren des sowjetischen Totalitarismus, ebd., S. 77-86.

Diese für das Verständnis des kommunistischen Systems bis in die 60er Jahre hinein wichtigen Zusammenhänge werden von Totalitarismusthesen unterbelichtet, soweit sie sich auf Phänomene und Strukturanalysen beschränken und darüber Bewegungen, Veränderungen und Brüche innerhalb des Systems nicht genügend in Rechnung stellen.⁴ Ähnlich verkürzt, falsch und politisch verhängnisvoll war übrigens spiegelbildlich die Faschismusanalyse der *Komintern*: Sie deutete den Faschismus als Diktatur des Kapitals und übersah dabei den Massenanhang, der dem Faschismus erst seine starke Schubkraft gab und seine spezifische Herrschaftsform konstituierte.

Welches nun waren in der Sowjetunion – weniger ausgeprägt auch in Osteuropa – zentrale Faktoren einer Konsensbildung? Hierzu stichwortartig und reichlich schematisch einige Hinweise:

- Mit ihren von oben gesteuerten Umwälzungen und mit der später von Stalin forcierten Industrialisierung setzten die Bolschewiki eine Dynamik in Gang, die dem Regime eine soziale Basis schuf und über die es ihm über lange Strecken hinweg gelang, gesellschaftlichen Konsens zu erzeugen. Die Alphabetisierung, die Aufstiegschancen für die Arbeiter, die Verzehnfachung der Zahl der Ingenieure von 1929 bis 1941 – all dies sind wichtige Ursachen dafür, daß die "Großbaustellen des Sozialismus" oft von Hingabe und Enthusiasmus der Menschen geprägt waren. Die vom Regime stimulierte Meisterung der modernen Technik bildete dabei Ansporn und zusätzliche Motivation. So gab es neben der Mobilität nach unten – den massenhaften Opfern des Stalinschen Terrors – eben auch eine gewaltige Mobilität nach oben, die der Gesellschaft vom Regime aufgezwungen war und diesem – in unterschiedlichem Umfang – zugleich Konsens und Schubkraft verschaffte.
- In ideologischer Hinsicht stark konsensbildend wirkte zweifellos das den Menschen von oben vermittelte Gefühl, am Aufbau einer Gesellschaft mitzuwirken, die an der Spitze des Fortschritts der Menschheit marschierte – zunächst, unter Lenin, als Geburtshelfer der Weltrevolution und später, unter Stalin, als russisch geprägtes Modell mit globalem Vorbildcharakter.

Paradoxerweise bewirkte Stalins These von der Möglichkeit des "Sozialismus in einem Land", die die Vorstellungen von Marx und Lenin geradezu auf den Kopf stellte, einen weiteren Konsensschub, weil sie den traditionellen Internationalismus mit dem großrussischen Nationalismus verband. Denn fortan ging es vorrangig um Stärkung und Modernisierung des *Vaterlandes* und erst in zweiter Linie um die für den einfachen Sowjetmenschen reichlich abstrakte internationale revolutionäre Mission. Dies schloß das Versprechen ein, "mit der ewigen Rückständigkeit Rußlands gegenüber Europa endlich Schluß zu machen und Rußland aus der Nachhut der Geschichte mit einem Schlag in die Avantgarde zu katapultieren".⁵ Für die Parteiarbeiter in Swerdlowsk oder Omsk, die bis dahin nie über die Grenzen ihrer Region hinausgeschaut hatten, war dies eine attraktive Perspektive, weniger freilich für die in der westlichen Emigration politisch sozialisierten Altbolschewiki,

⁴ Dazu beispielsweise H.-H. Schröder, Der "Stalinismus" – ein totalitäres System? Zur Erklärungskraft eines politischen Begriffs, in: Osteuropa, Nr. 2/1996, S. 150-163, sowie A. Ignatow, Osteuropaforschung: Fehler der Vergangenheit aufarbeiten. Einige theoretisch-methodische Lehren aus dem Zusammenbruch des Kommunismus, in: Osteuropa, Nr. 10-11/1997, S. 1099-1114.

⁵ G. Simon, Warum ging die Sowjetunion unter?, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 52/1995, S. 15.

die verdrängt und liquidiert wurden. Der Wandel vom Revolutionär zum Funktionär war unter Stalin unaufhaltsam und zwingend.

Ihren Höhepunkt erfuhr die konsensbildende Funktion des als "Sowjetpatriotismus" verkleideten großrussischen Nationalismus mit dem Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland.

Vernichtung von Demokratie und Zivilgesellschaft

Die Bemerkungen über die Herausbildung einer mehr oder minder starken Zustimmung erheblicher Bevölkerungsteile zum Gesellschaftsmodell sowjetkommunistischen Typs und seiner Praxis zielen natürlich nicht darauf, das Lied der KPRF Sjuganows zu singen, der das Sowjetsystem, von gewissen Auswüchsen und Strukturmängeln abgesehen, im Grunde reinzuwaschen sucht. Im Gegenteil soll damit gezeigt werden: Die bolschewistische Diktatur wurde erst dadurch wirkungsmächtig, dauerhaft und stabil, daß sie sich bei der Herrschaftssicherung nicht auf die für das Regime konstitutive Anwendung von Gewalt und Terror beschränkte, sondern mittels programmatischer Manifestationen und konkreter Politik immer auch Konsens suchte und fand. Ähnliches galt übrigens auch für den Nationalsozialismus.

In diesem Zeichen entstand mit der Sowjetunion zwar ein mächtiger Industriestaat, geprägt durch Industrialisierung, Urbanisierung und Bildungsexplosion, aber keine Industriegesellschaft mit ihren individuellen Rechten und ihren Chancen zu freiwilliger Assoziation. Anders ausgedrückt: Das sowjetisch industrialisierte Modell lief auf eine gespaltene oder Pseudomodernisierung hinaus – Parlament als Tribüne der Akklamation, Fabrik ohne Arbeitnehmerrechte, Bildung unter Zensurbedingungen, Wissenschaft ohne Informationsfreiheit. Die so ausgerichtete Modernisierung hinterließ eine atomisierte, in ihren inneren Zusammenhängen zerstörte Gesellschaft. Die Konsequenzen sind heute in Rußland und den übrigen Ländern der GUS zu besichtigen – das Fehlen einer Bürgergesellschaft ist eine wesentliche Ursache für die Fragilität der Staatlichkeit in den Ländern dieser Region.

Zum Herrschaftsinstrument der KP wurde entgegen den Marxschen Visionen der *Staat*, so wie ihn Lenin verstand: als Agent einer "sich uneingeschränkt auf Gewalt und nicht auf das Recht stützenden Macht". Gewiß war bereits zuvor, unter dem Zarismus, die russische Gesellschaft eine eher "staatliche Veranstaltung" gewesen (D. Geyer), doch hatten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts immerhin gewisse Ansätze eines politischen und sozialen Pluralismus in Form von politischen Parteien, wirtschaftlichen Verbänden und sozialen Organisationen herausgebildet. Dazu gehörte auch die Sozialdemokratie.

Diese Ansätze wurden von den Bolschewiki ebenso zerschlagen wie entsprechende Neubildungen nach dem Oktober. Die über den Staat vermittelte Ausschaltung aller selbständigen gesellschaftlichen Organisationen, die Aufhebung ihres Charakters als autonome Interessenvertretungen, die Unterordnung gleichgeschalteter Organisationen unter die Kontrolle des Staates sowie dessen Benutzung als Hebel zu revolutionären Umwälzungen durch die Partei, am schärfsten ausgeprägt in Stalins Revolution von oben seit 1929 – all dies waren zentrale Merkmale dessen, was man als Ent-Gesellschaftung zugunsten einer Etatisierung der Revolution bezeichnen könnte.

Gegen diese Verfremdung der ursprünglichen revolutionären Ziele gab es übrigens noch unter Lenin den Versuch einer *Gegenbewegung*. Gemeint ist der Aufstand der Kronstädter Matrosen Anfang 1921, der die Sowjets aus dem Würgegriff der KP befreien und sie in das verwandeln wollte, was Lenin noch 1917 zum Programm der Bolschewiki erhoben hatte: in tatsächliche Vertretungsorgane der Arbeiter und Soldaten. Was war geschehen?

Kronstadt, auf einer Ostseeinsel vor Petersburg gelegen, war der Hauptstützpunkt der russischen Ostseeflotte. Kronstadt war – wie die russische Flotte insgesamt – einer der Ausgangspunkte der Revolution von 1917 gewesen. Und hier erhoben sich 1921 die Matrosen, die nur wenige Jahre zuvor die Kerntruppe der Revolution gebildet hatten. Ausgehend von einer breiten Protestdemonstration in Petersburg, der eine Welle von Streiks folgte, erklärten die Arbeiter und Soldaten der Kronstädter Festung die Sowjetregierung für abgesetzt und forderten Neuwahlen des Sowjet.

Was den Fall für unsere Fragestellung so wichtig macht, war der Umstand, daß die Forderungen der Kronstädter Matrosen sich durchaus nicht gegen die russische Revolution richteten. Im Gegenteil: Die Kronstädter Matrosen verlangten im Grunde eine Rückkehr zu den Zielen von 1917. Ihre Forderungen:

In Anbetracht dessen, daß die jetzigen Sowjets nicht mehr den Willen der Arbeiter und Bauern widerspiegeln, sollen die Sowjets sofort wiedergewählt werden, aufgrund geheimer Abstimmungen und freier Agitation aller Arbeiter und Bauern. Freiheit der Schrift und des Wortes für Arbeiter und Bauern, für Anarchisten und linkssozialistische Parteien. Freiheit der Gewerkschaften und Bauernbünde. Befreiung aller gefangenen Sozialisten, auch aller Arbeiter und Bauern, die aus ihren Bewegungen heraus verhaftet worden sind. Abschaffung aller kommunistischen Propagandaabteilungen in der Armee, da keine Partei in der Propaganda bevorzugt sein und vom Staat Mittel dafür bekommen darf. Gleichstellung der Rationen für alle Werktätigen. Volles Verfügungsrecht der Bauern über den Boden, sofern sie nicht fremde Arbeitskraft benutzen. Die Politik der Kommunistischen Partei hat das Land in eine ausweglose Lage geführt – weil die Partei verbürokratisiert ist, weil sie nichts gelernt hat, weil sie nichts lernen und nicht auf die Stimme der Massen hören will. Die Mißstände hoch oben in der Partei besudeln die schöne Idee des Kommunismus.⁶

Ausdrücklich erklärten die Kronstädter, daß sie (nach der bürgerlichen Kerenskij-Revolution und nach der bolschewistischen Revolution) eine "Dritte Revolution" verlangten, eine – wie aus dem obigen Zitat abzulesen – sozialistische Revolution unter Einschluß aller sozialistischen Kräfte. Der Aufstand der Kronstädter Matrosen war also gewiß keine "Konterrevolution"; er richtete sich nicht gegen die erklärten zentralen Ziele des neuen Staates, wohl aber gegen die Verfälschung der ursprünglichen Ziele, gegen die Parteiherrschaft, gegen "den blutigen Trotzki und den vollgefrissenen Sinowjew".

Lenin zögerte keinen Augenblick, den Aufstand mit Waffengewalt blutig niederschlagen zu lassen. Indirekt bestätigte er damit, daß die Kritik der Aufständischen den Kern traf: Die Partei war selbst da, wo es um ihre ureigenen Ziele ging, nicht bereit, Kritik und Reformvorschläge zuzulassen. Sie allein besaß das Recht, zu definieren, was "Konterrevolution" war,

⁶ Nach: A. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt 1966, S. 124f., sowie R.V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Köln/Berlin 1962, S. 178.

und sie setzte diesen Anspruch mit Waffengewalt durch – auch auf die Gefahr hin, daß sie sich damit von ihrer eigenen Basis abschnitt.

Der "demokratische Zentralismus" als Wesensmerkmal der KP-Diktatur

Eigentlicher Kern des Sowjetsystems war die KP – der Staat bildete lediglich das Instrument, mit dem die jeweilige Parteiführung ihre Positionen durchsetzte. Dabei war sie – in der Tradition russischer Revolutionszirkel der Zarenzeit – von der Spitze her straff organisiert und zunehmend damit beschäftigt, innerparteilichen Dissens auszuschalten (unter Lenin) und darüber hinaus sogar physisch zu vernichten (unter Stalin). Nun ist ganz generell gegen eine Machtkonzentration bei der Parteiführung wenig einzuwenden, sofern die freie Willensbildung in der Gesamtpartei durch entsprechende Regularien zuverlässig gesichert ist. Gerade in der historischen Sozialdemokratie – und oft auch in neueren Zeiten – waren Machtbefugnisse und Hierarchisierung stark ausgeprägt.

Die innerparteiliche Willensbildung der KPdSU und ihrer Gefolgsparteien hatte im Zeichen des "demokratischen Zentralismus" jedoch einen völlig anderen, nämlich einen ausgeprägt undemokratisch-diktatorischen Charakter. Darauf und auf die möglichen Folgen hatten, wie bekannt, bereits in der Frühzeit des Bolschewismus so unverfängliche Zeugen wie Rosa Luxemburg und Leo Trotzki warnend verwiesen. Wenn schon die nicht in der KP organisierten Kräfte als kritisches Korrelativ ausfielen, war es um so wichtiger, daß es wenigstens *innerhalb* der KP Diskussions- und natürlich auch Durchsetzungsmöglichkeiten gab. Wie war es damit bestellt? Worin bestand der spezifische Charakter des demokratischen Zentralismus?

Stark schematisiert läßt er sich so umreißen: Das Politikmonopol der Parteiführung war nicht einfach zwangsweise verordnet, sondern erhielt die Weihe wissenschaftlich fundierter Legitimität; das Wahrheitsmonopol begründete das Machtmonopol. Die Parteiführung verstand sich als Träger des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie war es, die die eigentlichen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, des Proletariats, richtig verstand – unabhängig davon, ob die Bevölkerung für diese Einsichten bereits politisch "reif" war. Ganz ähnlich hatte übrigens Rousseau argumentiert, als er die "volonté générale" als eine unabhängig vom Bewußtsein der Mehrheit existierende und erkennbare Größe definierte – und durchaus folgerichtig empfahl, daß Parteien am besten gar nicht erst zuzulassen seien, weil sie die Menschen nur verwirrten.

In der Parteiführung konzentrierte sich somit in den Augen der Bolschewiki das Wissen um die "objektiven Gesetze des Aufbaus von Sozialismus und Kommunismus", oder – mit Eichwede zu sprechen –: "Gerade in der Diagnostizierung der objektiven Zwänge sahen sich die Bolschewiki als Agenten eines wissenschaftlich verbürgten Ganges der Dinge."⁷ Bereits unter Lenin führte dies zur dauerhaften Institutionalisierung des Machtmonopols der Vorhutpartei, die "im Namen des Proletariats sprechen, doch unabhängig von seinem tatsächlichen Wille

⁷ A.a.O., S. 40. Vgl. zu dem Gesamtkomplex meinen Beitrag: Aspekte der innerparteilichen Struktur und Willensbildung bei den "Eurokommunisten", in: H. Horn/A. Schwan/Th. Weingartner (Hrsg.), Sozialismus in Theorie und Praxis, Festschrift für Richard Löwenthal, Berlin/New York 1978, S. 458-489.

handeln" konnte.⁸ Damit wurde der "demokratische Zentralismus" mehr als nur die Grundlage des Parteaufbaus – er wurde zum pseudowissenschaftlichen Hauptinstrument der jeweiligen Führungsspitze zur Durchsetzung ihrer Konzeption von Auftrag, Strategie und Taktik der Partei.

Aus dieser Sicht mußten Minderheiten und Dissens in der KP zwangsläufig ausgegrenzt und bekämpft werden, weil sie Einheit und Schlagkraft der Partei bedrohten und – entscheidender noch – weil sie die Partei überhaupt vom wissenschaftlich begründeten Pfad hin zu Sozialismus und Kommunismus wegführten. Um so mehr war es aus kommunistischer Sicht geboten, die KP als "Partei neuen Typs" von der Sozialdemokratie scharf abzugrenzen. Denn grundlegende Umgestaltungen konnten nur von einer Partei erkämpft werden, die von einer durch die Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" vermittelten ideologisch-politischen Einheit geprägt war. Die internationale Sozialdemokratie dagegen sei gleichsam von Natur aus opportunistisch, heißt es 1977 bei Gaidar Alijew, damals Politbüromitglied der KPdSU und heute Staatspräsident von Aserbaidschan. Der Grund: "Wenn die revolutionäre Umgestaltung nicht das Ziel ist, kann man offenbar ohne Organisiertheit und Disziplin in der Partei, ohne das Prinzip des demokratischen Zentralismus auskommen."⁹

Die Wirkungsweise kommunistischer Organisationsprinzipien wurde hier deshalb so stark betont, weil sie ein Kernelement kommunistischer Revolution und kommunistischer Machtausübung darstellen. Nicht zufällig bildete gerade die Demokratisierung der innerparteilichen Willensbildung mit ihrem Akzent auf Minderheitenschutz einen Schwerpunkt der demokratischen Gegenbewegung im Prager Frühling. Denn unkontrollierte Macht eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe führt zwangsläufig zu Entartung und Willkür – ganz unabhängig vom Charakter der Herrschenden und auch unabhängig davon, in welcher Absicht sie ausgeübt wird. Die Befreiung des Menschen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung, die die Bolschewiki auf ihre Fahnen geschrieben hatten, war gewiß ein moralisches Prinzip, ja mehr noch: Sie war ein alter und hoffentlich unausrottbarer Menschheits Traum. Es war und ist eine Idee, die – wie wir sahen – die Menschen begeistert und in Bewegung versetzt.

Überläßt man jedoch die *Verwirklichung* dieser Idee – unkontrolliert und ohne Gegengewichte – einem Einzelnen oder einer kleinen Gruppe, so schützt auch die hohe Moral dieser Idee nicht vor dem Absturz in die Diktatur. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um eine brutale Diktatur der Umwälzungen unter Lenin und Stalin handelt oder um eine in ihrer Repression gemilderte, dafür jedoch zunehmend innovationsträge, das Bestehende lediglich verwaltende bürokratische Diktatur spätstalinistischen oder Breshnewschen Typs. Denn Herrschaft ohne Kontrolle führt notwendigerweise zu Erstarrung. Die Reformfähigkeit einer Gesellschaft hängt nicht zuletzt davon ab, ob kritische Gedanken und alternative Konzeptionen im Meinungskampf artikuliert werden können und Durchsetzungschancen haben. Das jedoch war im

⁸ So Richard Löwenthal, *Weltpolitische Betrachtungen*, Göttingen 1983, S. 276.

⁹ Demokratischer Zentralismus in der Tätigkeit der KPdSU, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus* (Prag), Nr. 3/1977, S. 291-301, hier S. 292.

Sowjetkommunismus niemals der Fall und trug schließlich ganz wesentlich zu seinem Untergang bei.

Perversion des Internationalismus

Auf spezifische Weise wurden die Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" von den Sowjets auch auf die *internationalistische* Ebene übertragen. Dies wirkte sich auf die Dritte, die Kommunistische Internationale (KI) verhängnisvoll aus – insofern nämlich, als die KPdSU spätestens seit Mitte der 20er Jahre offen die politisch-programmatische Führung beanspruchte und auch durchsetzte. Die Begründung: Als einzige KP mit Revolutions- und Regierungserfahrung habe die KPdSU das Recht, eine herausragende Position bei der Formulierung der KI-Leitlinien einzunehmen und darüber hinaus – als Vorposten und Bollwerk des revolutionären Weltprozesses – die Solidarität aller KPen einzufordern. Wie war es dazu gekommen?

Lenin hatte 1919 die KPen gedrängt, sich so rasch wie möglich zusammenzuschließen, um für die erwartete revolutionäre Welle in Westeuropa gerüstet zu sein. Anders als die Zweite Internationale verstand sich die Kommunistische Internationale als eine straff geführte Weltpartei mit nationalen Sektionen, ein nach den Regeln des demokratischen Zentralismus geführtes Instrument der Weltrevolution. Auf jährlich stattfindenden Weltkongressen sollten die jeweilige Situation wissenschaftlich analysiert und daraus konkrete Handlungsanweisungen, die "Generallinie", abgeleitet werden. Die Referate und auch die Diskussionen auf den Kongressen wurden in der kommunistischen Presse breit publiziert.

"Wissenschaftliche Analyse der Weltlage" – ein hoher Anspruch, der angesichts der Komplexität und Strittigkeit der Materie sicher einen breiten Spielraum für Diskussionen erforderte. In Wirklichkeit wurden diese jedoch zunehmend von sowjetischen Positionen bestimmt und gerieten sogar in den Strudel der Moskauer Fraktionskämpfe. Nehmen wir als Beispiel den VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Er fand im Sommer 1928 statt, nach einer (in den Statuten nicht vorgesehenen) vierjährigen Pause, in Moskau übrigens, wie alle Konresse der KI. Auf diesem Kongreß fand tatsächlich eine breite und ungewöhnlich kontroverse Diskussion statt. Worum ging es?

Ein wichtiges Thema des VI. Weltkongresses war der Faschismus. Ungewöhnlich weitsichtig angesichts der Situation, möchte man meinen! Denn seit der Stabilisierung und Normalisierung in den westeuropäischen Ländern Mitte der 20er Jahre spielte der Faschismus außerhalb Italiens kaum noch eine Rolle; die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland war fast auf Null zusammengeschrumpft und erlebte erst mit Beginn der Weltwirtschaftskrise ihren großen und außerordentlich raschen Aufschwung. Warum also nun die ausführliche Beschäftigung mit einem Phänomen, das in den letzten Jahren von der Kommunistischen Internationale durchaus nebensächlich behandelt worden war?

Tatsächlich ging es bei den Diskussionen im Grunde nicht um den Faschismus und schon gar nicht um die zu diesem Zeitpunkt eher marginale deutsche nationalsozialistische Bewegung; in Wirklichkeit ging es um die *Sozialdemokratie*. Der VI. Weltkongreß war der Kongreß der

großen Linkswendung, der die Sozialdemokratie zum "Hauptfeind" erklärte. Wichtig für unseren Zusammenhang ist dabei: Die Linkswendung war keineswegs das Ergebnis "wissenschaftlicher Analyse der Weltlage" und echter Diskussionen unter den KI-Mitgliedsparteien. Vielmehr war sie Teil des innerparteilichen Machtkampfs der KPdSU, in dem der "linke" Stalin den "rechten" Bucharin bekämpfte und schließlich auch besiegte. Die Sozialdemokratie, so erklärte der Kongreß, sei nichts weiter als eine Variante des Faschismus, mit dem sie wesensgleich sei.

Diese "Sozialfaschismus-These", die bereits in den frühen 20er Jahren aufgetaucht, dann aber stillschweigend wieder fallengelassen worden war, bestimmte in den nächsten Jahren in verhängnisvoller Weise die Politik der kommunistischen Parteien. Der Begriff "Faschismus" verkam dabei zum inflationär gebrauchten Kampfbegriff, zum politischen Schimpfwort – ähnlich wie der Begriff "Imperialismus" nach 1945. Alles, was bisher "reaktionär" genannt worden war, war nun "faschistisch". Laut neuer Linie war Europa nun sozusagen überschwemmt von vielen Faschismen formal unterschiedlicher, im Grunde aber wesensgleicher Spielart – allen voran und am gefährlichsten der sozialdemokratischen Variante. Diese – übrigens erst 1969 von dem KPdSU-Ideologepapst Suslow ausdrücklich als fehlerhaft bezeichnete – Sozialfaschismus-These hat ganz wesentlich zum Sieg der Nationalsozialisten beigetragen: Die Sozialfaschismus-These vergiftete das Klima zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten derart tiefgreifend, daß die Bildung einer Einheitsfront als Gegenmacht gegen die Nazis selbst im Zeichen höchster Not, der nationalsozialistischen "Machtergreifung" vom Januar 1933, unmöglich wurde.

Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ist heute ein weitgehend vergessenes Thema. Was ihn aber in unserem Zusammenhang interessant macht, ist die Tatsache, daß hier zum letzten Mal öffentlich breite, kontroverse Diskussionen stattfanden. Eine Minderheit auf dem Kongreß, allen voran die italienische Delegation, war nämlich nicht bereit, die neue Linie hinzunehmen. Der VI. Weltkongreß als der Kongreß der Opposition also?

Aus mehreren Gründen kann davon nicht die Rede sein. Wenn man heute die Diskussionen der Kommunistischen Internationale liest, ist es immer wieder beeindruckend, wie normiert die Sprache allgemein und die Äußerungen im einzelnen waren. Eine Änderung der "Generallinie", zunehmend von den Sowjets inspiriert und erzwungen, ging in der Regel einfach so vonstatten, daß man die alte Linie stillschweigend fallenließ und behauptete, schon immer, wenn vielleicht auch nicht ganz so ausgeprägt, die jetzt gültige Linie vertreten zu haben. In derartigen Orgien des Opportunismus konnte man problemlos die Sozialfaschismus-These mit der Parole von der "Einheitsfront" verbinden – nur daß es jetzt eben die "Einheitsfront von unten" war. Kritische Äußerungen hielten sich im Rahmen dieser Sprachregelungen; und dies gilt auch für den VI. Weltkongreß. Auch die Minderheit kam gar nicht auf den Gedanken, sich als "Opposition" zu bezeichnen, erklärte sich schließlich enthusiastisch mit den Analysen einverstanden und äußerte ihre Kritik, wie üblich, so verklausuliert, daß sie im Grunde nur für Insider verständlich war.

Hinzu kommt: Auch innerhalb dieses Rahmens wurden die Diskussionsmöglichkeiten offensichtlich eingeschränkt. KPI-Chef Palmiro Togliatti, dessen kritisches Referat im Protokoll

vollständig zu lesen ist, durfte, wie er später berichtete, sein Referat gar nicht halten ("aus Zeitgründen"). Bei aller "Diskussionsfreiheit" auf dem VI. Weltkongreß hatte die Minderheit keinerlei Chance, die neue "Generallinie" tatsächlich zu modifizieren. Es wäre dies in der Geschichte der Kommunistischen Internationale auch einzigartig gewesen. Auf dem folgenden und letzten Kongreß der Komintern von 1935 gab es nur noch Akklamation. Tatsächlich ist die Komintern als revolutionäre Kraft in der westlichen Welt völlig gescheitert, denn hier gelang ihr keine einzige Revolution.

Die Perversion des Internationalismus durch die KPdSU hatte über den Führungsanspruch in der kommunistischen Bewegung und später die Instrumentalisierung der KPen für den sowjetischen Imperialismus hinaus aber noch eine dritte Dimension. Gemeint ist der Umstand, daß unter Stalin in marxistisch-leninistischer Verhüllung zunehmend *großrussisch-nationale* Traditionen aufgegriffen wurden, und zwar nicht erst während des "Großen Vaterländischen Kriegs" im Existenzkampf Rußlands gegen Nazideutschland, sondern bereits seit 1934. Frappierend und gewiß kein Zufall ist dabei die Parallelität zweier Ereignisse: das Nebeneinanderlaufen von Liquidierung der internationalistischen Garde der Altbolschewiken einerseits und Rehabilitierung solcher Begriffe wie Heimat, Volk und Vaterland andererseits. Der Bezug auf die herausragende Rolle Rußlands, seine spezifische Kultur und seine ruhmreiche Geschichte aus zaristischen Epochen wurde nach Stalins Tod zwar abgemildert, gewann jedoch unter Breschnew – ganz offensichtlich auch als Kompensation für die Stagnation von Wirtschaft und Gesellschaft – erneut an Relevanz. Die ideologische Wendung vom weltrevolutionären Internationalismus Lenins zum etatistisch und später imperial normierten Sowjetpatriotismus hat Stalin überdauert und die KPdSU bis zu ihrem Ende 1991 nachhaltig geprägt.

Genau diese Traditionsstränge großrussisch-imperialen und russisch-zivilisatorischer Prägung bei der KPdSU sind es übrigens, auf die sich die KP Sjuganows bei ihrer linksnationalistischen Linie heute beruft. Nicht der Internationalismus einer weltweiten kommunistischen Bewegung steht für sie auf dem Programm. Charakteristisch für die KPRF ist vielmehr das Streben, sich als volkspatriotische Kraft mit der Aufgabe zu profilieren, Rußlands Größe und Würde wiederherzustellen und den eigenständigen Zivilisationstyp Rußlands vor den zersetzenden Einflüssen der westlichen Welt zu bewahren. So ist es kein Zufall: Die von der KP dominierte regime-oppositionelle Dachorganisation firmiert unter dem Titel "Volkspatriotische Union"; der Tag der Oktoberrevolution mutierte vom Feiertag des Weltproletariats zum Feiertag des russischen Volkes; der russische Messianismus trat an die Stelle des internationalistischen Messianismus. Auf dieser Grundlage bildet sich bei der KPRF folgerichtig ein neuer Internationalismus heraus – ein Internationalismus der engen Verklammerung mit den KPen der GUS-Länder. Sein zentrales Ziel besteht darin, die großrussisch-imperial ausgerichtete Re-Integration der GUS-Staaten zu forcieren.

Im folgenden soll auf zentrale Aspekte der demokratisch-sozialistischen Gegenbewegung gegen den Kommunismus sowjetischen Typs eingegangen werden, die in Kronstadt einen frühen Ausdruck gefunden hatte, jedoch bereits in ihrem Anfangsstadium gewaltsam abgebrochen wurde. Als ein voll ausgeprägtes Beispiel hierfür sei auf den Prager Frühling verwiesen. Als eine von breiten Massen getragene *Gegenbewegung* gegen den erstarrten "Real-

sozialismus" sowjetkommunistischen Typs entwickelte er eine Dynamik, die konsequent auf eine Übernahme von Prinzipien, Normen und Werten der europäischen Demokratie gerichtet war. Gerade dies war es, was die Furcht Moskaus vor einem Ausscheren der Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt heraufbeschwor und die Sowjets zur Militärintervention veranlaßte. Denn der Prager Frühling drohte die Ideologie des sogenannten Realsozialismus massiv zu unterminieren und somit die Legitimationsbasis für die sowjetische Hegemonie in der sozialistischen Gemeinschaft zu zerstören.

Die demokratische Gegenbewegung des Prager Frühlings

Das Programm der Prager Reformer hielt verbal an den Essentials der marxistisch-leninistischen Lehre fest – sicher nicht zuletzt deshalb, weil man die KPdSU und die östlichen Bruderparteien sowie die Hardliner in den eigenen Reihen nicht unnötig provozieren wollte. *Inhaltlich* jedoch leitete die Dubček-Führung in Theorie und Praxis eine radikale Umwertung der ideologisch-programmatischen Kernpunkte des Marxismus-Leninismus ein. Dies bezog sich auf alle zuvor analysierten Aspekte – auf die Allmacht der führenden KP ebenso wie auf die über den Staat vermittelte Vernichtung der Zivilgesellschaft und die ideologisch verbrämte Instrumentalisierung des "demokratischen Zentralismus". Damit verschafften sich im politischen Leben der Tschechoslowakei "bedeutende Elemente historisch entstandener politischer Kultur Geltung, die einprägsam durch die kulturpolitische Tradition Westeuropas beeinflußt war" – so der kürzlich verstorbene Zdenek Mlynar, einer der Protagonisten des Prager Frühlings.¹⁰

Ausgangspunkt der Reformprogrammatik, die ihren konzentrierten Ausdruck im Aktionsprogramm der KPC vom April 1968 fand, war eine vernichtende Kritik an Theorie und Praxis des Sozialismus sowjetkommunistischen Typs.¹¹ Die Konzentration der Macht bei den Parteiorganen sowie die Verquickung von Partei- und Staatsleitung führten zu schweren Deformationen des politischen Systems, hieß es, darunter zu Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie – als direkte Folge – zu Verantwortungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Mittelmaß. Große Schäden verursache dieses Modell des parteigeleiteten Dirigismus in der Wirtschaft, denn die Liquidierung der ökonomischen Instrumente und der Marktbeziehungen führten zu Fehlinvestitionen, technischem Zurückbleiben, Unterentwicklung der Dienstleistungen, kurz: zu Stagnation und zunehmender Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland.

Soweit kurz zentrale Kernpunkte der Prager Kritik an den systemimmanenten Blockadestrukturen des "Realsozialismus". Die Folgerungen, die die Reformer aus diesem Desaster zogen, lassen sich stichwortartig so zusammenfassen:

¹⁰ Die Normalisierung in der Tschechoslowakei nach dem Jahre 1968, in: W. Brus/P. Kende/Z. Mlynar, "Normalisierungsprozesse" im sowjetisierten Mitteleuropa, Forschungsprojekt "Krisen in den Systemen sowjetischen Typs" (Köln), Nr. 1/1982, S. 17-43, hier S. 41.

¹¹ Das Aktionsprogramm ist abgedruckt in: Ost-Probleme (Bonn), Nr. 10/1968, S. 218-228.

- Die KP übt ihre führende Rolle hinfort durch politische Überzeugungsarbeit aus und verzichtet auf den Anspruch, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft administrativ zu lenken. Staat und Regierung erhalten ein Eigengewicht, ihre Kontrolle erfolgt durch die in ihren Kompetenzen gestärkte Nationalversammlung.
- Die politischen und persönlichen Rechte der Bürger werden ebenso wie die Meinungsfreiheit verfassungsmäßig garantiert. Darüber hinaus werden die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gewährleistet, um – wie es heißt – "gesetzlich garantierte Möglichkeiten zur Bildung freiwilliger Organisationen, Interessengemeinschaften und Verbänden zu bilden". Dies gilt auch für die Gewerkschaften, die ihre Funktion als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zurückerhalten.
- Die Betriebe werden in ihren Entscheidungen unabhängig: Partei und Staat verzichten auf administrative Lenkung. Stattdessen haben sich die Unternehmen im Wettbewerb und am Markt zu bewähren. Denn der Markt ist – so das Aktionsprogramm wörtlich – ein "notwendiger Mechanismus für das Funktionieren der sozialistischen Ökonomie und zur Überprüfung dessen, ob in den Unternehmen gesellschaftlich zweckmäßig gearbeitet wurde".
- Ganz wichtig – und ein Kernpunkt der Gegenbewegung – ist die Neuinterpretation des Prinzips des "demokratischen Zentralismus" durch die Prager Reformer. Diese Neuinterpretation, auf die die Moskauer Orthodoxie und ihre Anhänger nicht zufällig besonders empfindlich reagierten, ist als potentieller Sprengsatz für die Machtstrukturen des Realsozialismus bisher nicht genügend gewürdigt worden.

Der Grundgedanke der Prager Reformer war dabei kurz gesagt folgender. Der "demokratische Zentralismus" in seiner Lenin-Stalinschen Form hat zu einer Konzentration der Macht bei einer kleinen Führungselite geführt. Die Folge waren zum einen Willkür und politische Repression und zum anderen versiegende Innovation. Denn da sich die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen laufend wandeln, müssen auch die Aufgaben der Partei immer neu durchdacht werden. Die Parteieinheit kann daher nicht von oben herab formal und unter Androhung von Sanktionen gesetzt werden. Vielmehr ist eine lebendige und dynamische Einheit anzustreben, verstanden als ständiger Prozeß der Suche nach Antworten auf neue Herausforderungen. Dies aber ist nur dann möglich, wenn innerparteiliche Minderheiten institutionell abgesicherte Chancen haben, ihre Positionen auf allen Ebenen vorzutragen und ggf. auch zur Mehrheit zu werden.

Genau dies sah der Entwurf für ein neues KPČ-Statut vor, das am 10. August 1968 publiziert und auch noch *nach* der Intervention breit diskutiert wurde.¹² Dort wurde die Minderheit zwar verpflichtet, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen – das ist für jede Organisation eine Selbstverständlichkeit, nicht nur für KPen orthodoxer Prägung. Dann aber heißt es, in Kontrast zum traditionellen Organisationsverständnis: "Die Minderheit hat das Recht, ihre Ansichten aufrechtzuerhalten und auf der Grundlage neuer Erkenntnisse und einer Überprüfung des angenommenen Beschlusses in der Praxis eine erneute Beurteilung ihrer Standpunkte in der zuständigen Organisation oder dem Organ der Partei zu verlangen."

Mit dieser Kernaussage war ein zentraler Eckstein aus dem Gebäude des Sozialismus sowjetischen Typs herausgebrochen, und konsequent verwirklicht hätte die demokratische

¹² Der Entwurf findet sich bei W. Oschlies, Zum Entwurf des neuen Statuts der KPČ. Entstehung, Diskussion, Text, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 12/1969, S. 65-108.

Willensbildung innerhalb der KPen den Realsozialismus im Osten Europas voraussichtlich schon 20 Jahre vor seinem tatsächlichen Ende scheitern lassen. Dies gilt um so mehr, als sich in der Dynamik der demokratisch-revolutionären Gegenbewegung des Prager Frühlings gegen die Moskauer Orthodoxie auch das auf politische Leitung reduzierte Parteimonopol nicht lange hätte aufrechterhalten lassen.

Die Prager Reformer haben keine "Niederlage" erlitten, wie im Westen gelegentlich gedankenlos behauptet wurde. Ein Fehlschlag läge dann vor, wenn sie an *inneren* Schwierigkeiten und Gegnern gescheitert wären. Das ist jedoch nicht der Fall: Damaligen Umfragen zufolge stützten über 70 Prozent der Bevölkerung den Kurs Dubčeks. Tatsächlich wurde der Prager Frühling durch eine brutale Militäraktion der sowjetisch geführten Interventen *von außen* zerschlagen, weil Moskau eine Aufweichung seines osteuropäischen Glacis verhindern wollte. Auf einem anderen Blatt steht, daß der Prager Frühling, wäre er nicht zu diesem Zeitpunkt zerschlagen worden, in seiner weiteren Entwicklung sicher an die Schicksalsfrage gelangt wäre, ob eine Reform des Systems überhaupt möglich war oder ob nicht die Reformen eine Eigendynamik entwickelt hätten, die nahezu zwangsläufig über das kommunistische System hinausgewiesen hätten. Diese Frage stellte sich dann unter Gorbatschow in aller Schärfe – und sie wurde von der Geschichte negativ beantwortet.

Die Konzeptionen des Prager Frühlings jedenfalls blieben virulent: Wie wir aus den Gesprächen Mlynars mit seinem Studienfreund Gorbatschow wissen, trugen sie dazu bei, in der heranwachsenden Führungsgeneration der Sowjetunion selbst das Nachdenken über die Notwendigkeit demokratisch-sozialistischen Wandels zu stimulieren.¹³ Insofern erwies sich die Zerschlagung des Prager Reformprojekts für die sowjetische Orthodoxie als ein Pyrrhussieg.

Das Ende des Sowjetkommunismus

Das Ende des Prager Reformkommunismus hatte eines in aller Schärfe gezeigt: Im Rahmen des bestehenden Systems war es hinfort nicht mehr möglich – und auch nicht mehr sinnvoll –, alternative politische Programmdiskussionen zu führen. Bis 1968 hatten revisionistische Strömungen in KPen Osteuropas wiederholt versucht, wie der polnische Philosoph Kolakowski bemerkte, "das herrschende System um die demokratischen Werte zu erweitern, ohne daß es aufhörte, ein kommunistisches System zu sein".¹⁴

Dies wurde jedoch aussichtslos, als die offizielle Ideologie nach einer vorübergehenden Wiederbelebung unter Chruschtschow im Realsozialismus Breshnews endgültig ihre innere Dynamik einbüßte und erstarrte. Dazu schrieb Richard Löwenthal 1977 in der Neuauflage seines Klassikers "Jenseits des Kapitalismus": "Anstelle der totalitären Dynamik der 'Revolutionen von oben' ist jedoch nicht ein System getreten, das den gesellschaftlichen Gruppen den freien, organisierten Ausdruck ihrer Bedürfnisse ermöglicht, sondern eine auf die Partei- und Staatsbürokratie gestützte Oligarchie, die neben dem Bemühen um Hebung der Produktion und des Lebensstandards einerseits, die Erweiterung der nationalen Machtstellung andererseits vor

¹³ M. Gorbačev/Z. Mlynář, Dialog o perestrojke, "Pražskoj vesne" i o socializme, Manuskript, Prag 1996.

¹⁴ Marxismus – eine tote Sache. Interview mit dem Spiegel (Hamburg), Nr. 37/1980, S. 127-133, hier S. 129.

allem konservativ um die Bewahrung der eigenen Monopolmacht als Vormund der Gesellschaft kämpft."¹⁵

Vor diesem Hintergrund reduzierte sich der "demokratische Zentralismus" des späten Sowjetsozialismus auf die Legitimierung des KP-Machtmonopols zur bürokratischen Verwaltung der Gesellschaft. Indem der "Realsozialismus" die reale Existenz einer Sache zum Kriterium ihrer Richtigkeit erhob, erstickte er per definitionem jede Kritik, verlor damit seine Kraft zu Motivation und Mobilisierung und wurde schließlich sogar zur Bremse jeglicher Fortentwicklung. Die Hoffnung, aus realsozialistischem Schoße heraus ließe sich ein demokratischer Sozialismus verwirklichen, erwies sich als Illusion, zumal sogar der Begriff "Reform" seit Mitte der 1960er Jahre aus dem politischen Lexikon der KPdSU verbannt wurde.

KPI-Chef Berlinguer brachte dies 1981, im Kontext der sowjetisch inspirierten Ausrufung des Kriegsrechts in Polen, drastisch zum Ausdruck: Das Gesellschaftsmodell sowjetkommunistischen Typs, das seinen Ursprung in der Oktoberrevolution habe, sei mittlerweile "in seiner Triebkraft erschöpft", ließ er zum Zorn der KPdSU-Spitze verlauten. Seit langem schon sei die marxistisch-leninistische Ideologie zum Herrschaftsinstrument der KPdSU-Nomenklatur verkommen, mit der Folge – konstatierte Berlinguer –, daß auf sowjetischen Druck hin überall in Osteuropa "die Freiheit und die schöpferischen Energien abgetötet" sowie "die ökonomische, die technologische und die kulturelle Dynamik abgebremst und unterdrückt" würden.¹⁶ Damit hat die KPI frühzeitig die tieferen Ursachen für den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme charakterisiert, der nur wenige Jahre später tatsächlich erfolgte.

Gorbatschow unternahm einen letzten Versuch, die Ideologie aus ihrer Erstarrung zu lösen und ihr damit den Charakter eines Leitfadens und Motivs für seine Perestrojka zurückzugeben.¹⁷ Dabei griff er zunächst auf die NEP-Konzeptionen des späten Lenin und Bucharins zurück, seit 1989/90 verstärkt auch auf programmatische Versatzstücke der internationalen Sozialdemokratie. Deutliche Hinweise hierfür finden sich in zwei Grundsatzdokumenten, die tatsächlich – wie Gorbatschow in seinen Erinnerungen schreibt – einen "Bruch mit dem Bolschewismus", eine Absage an das "Modell des Kasernensozialismus" bedeuteten. Bei den Dokumenten handelt es sich zum einen um die "Programmatische Erklärung" des letzten, 28. Parteitags der KPdSU vom Juli 1990, die den bezeichnenden, an den Prager Frühling erinnernden Titel trug: "Für einen menschlichen, demokratischen Sozialismus", und zum anderen um den in seinen Reformimpulsen noch weitergehenden Entwurf für ein neues Parteiprogramm, der auf dem letzten ZK-Plenum der KPdSU vom Juli 1991 verabschiedet wurde. Seinen dogmatischen Kritikern entgegnete Gorbatschow damals ohne moderierende Zwischentöne:

¹⁵ Berlin/Bonn, S. xxxv.

¹⁶ Ausführlich hierzu mein Beitrag: Die italienischen Genossen gehen auf Distanz, in: Osteuropa, Nr. 6/1982, S. 443-460.

¹⁷ Vgl. zu diesen Bestrebungen H. Timmermann, Die KPdSU und die internationale Sozialdemokratie. Akzentänderungen im Zeichen des "neuen Denkens", in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (Bonn), Nr. 12/1988, S. 1157-1162.

"Vertreter des kommunistischen Fundamentalismus werfen uns die 'Sozialdemokratisierung der KPdSU' vor. Sie greifen auf ideologische Differenzen aus der Zeit der Revolution und des Bürgerkrieges zurück, da sich die Kommunisten und Sozialdemokraten auf gegnerischen Seiten der Barrikaden befanden. Lassen wir die Historiker über die Vergangenheit befinden; ganz offensichtlich jedoch haben die Kriterien der damaligen Konfrontation heute ihre Bedeutung verloren." Gemeint waren beispielsweise die Einstellung zur Gewalt, zur Diktatur des Proletariats, zur Demokratie. Weiter Gorbatschow: "Wir haben uns verändert, verändert hat sich auch die Sozialdemokratie. Der Lauf der Geschichte hat zahlreiche Probleme aus der Welt geschafft, die zur Abgrenzung unter den Anhängern des Sozialismus geführt haben. Wer uns heute mit dem Vorwurf der Sozialdemokratisierung bange machen will, lenkt nur die Aufmerksamkeit vom Hauptgegner ab, nämlich von den antisozialistischen, nationalchauvinistischen Strömungen."¹⁸

Indes erwies sich die Partei der Oktoberrevolution in ihrer Erstarrung als unfähig zum Wandel, zur inneren Gegenbewegung gegen ihren eigenen, historisch entstandenen Charakter. Tatsächlich war ja das Geschehen im Lande längst über die KPdSU hinweggegangen, längst fanden in den stürmischen Diskussionen der Parlamente und der Medien Begriffe wie Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft, politischer Pluralismus, Rechtsstaat, Integration in die Weltgemeinschaft Eingang in das Bewußtsein der Menschen. Die KPdSU befand sich im Nachtrab und ging schließlich im Augustputsch 1991 unter, bevor Gorbatschow sein Projekt verwirklichen konnte, die KPdSU zu spalten und ihren Reformflügel als Sozialdemokratie zu konstituieren.

Auf andere Weise wurde die KPdSU dann tatsächlich gespalten: Die damaligen KP-Reformer, beginnend mit Jelzin, verließen die KPdSU, leiteten eine demokratische Gegenrevolution ein und bestimmen heute die politische Richtung in Rußland. Die damaligen Traditionisten ihrerseits, angefangen bei Sjuganow, bilden heute die Opposition – diesmal nicht aus marxistisch-leninistischen, sondern aus linksnationalistisch-imperialen Positionen heraus.

Keine Sozialdemokratisierung der KPRF

Diese Entwicklungen signalisieren zwei Dinge. Zum einen: Der Marxismus-Leninismus ist de facto auch in Rußland tot, er hat in Form der KPdSU-Nachfolgepartei KPRF einem linksnationalistisch-imperialen Projekt Platz gemacht. Und zum andern: Dieses Projekt hat tiefe Wurzeln in der KPdSU und deren großrussischen Ausprägungen. Im Gegensatz zu ihren früheren osteuropäischen Bruderparteien hat sich die KPRF daher *nicht* sozialdemokratisiert, und sie will dies auch gar nicht. Vielmehr ist bei ihr der traditionelle Marxismus-Leninismus mit großrussischem Nationalpatriotismus eine eigenartige Mischung eingegangen. Somit gleicht die KPRF eher der nationalistisch-populistischen Sozialistischen Partei Serbiens unter Milošević als den ex-kommunistischen Reformparteien Ostmitteleuropas.

¹⁸ M. Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 1058. Die Dokumente in Pravda (Moskau), 27.6.1990, bzw. Nezavisimaja gazeta (Moskau), 23.7.1991.

Eine Ursache für diese Divergenzen liegt in der Entstehungsgeschichte der Partei. In Ostmitteleuropa haben die Neo-Sozialdemokraten ihre Wurzeln in den *Reformflügeln* der KPen, die leninistische Orthodoxie wurde rasch marginalisiert und eliminiert.¹⁹ In Rußland dagegen bildete sich die KP seit 1990 umgekehrt als Widerpart *gegen* den Reformkurs Gorbatschows, als Sammelbecken all jener Kräfte, die an traditionellen, sich zunehmend mit nationalpatriotischem Gedankengut mischenden Postulaten des Marxismus-Leninismus festhielten und die Perestrojka des Generalsekretärs als Verrat an der kommunistischen Sache und am sowjetischen Vaterland ansahen.²⁰

Hinzu kommt: In Ostmitteleuropa waren die KPen nach 1945 überwiegend künstliche Gebilde, großgeworden mit Unterstützung der Sowjets und später durch zwangsweise Einverleibung der Sozialdemokratie. Die so geprägten KPen *mußten* sich sozialdemokratisieren und europäisieren, wollten sie nach dem Systemwechsel im Spiel bleiben. In Rußland dagegen hatten die Kommunisten 1917 eine Revolution erfolgreich aus *eigenen* Kräften inszeniert (die übrigens in ganz Europa die einzige ihrer Art bleiben sollte). Danach hatten sie ihr Land in einen mächtigen Industriestaat verwandelt und es schließlich sogar in den Rang einer zweiten, den USA militärisch gleichrangigen Supermacht erhoben. All dies schuf unter Stalin und seinen Nachfolgern in weiten Teilen der Bevölkerung einen gewissen, über die KPdSU vermittelten großrussisch-patriotischen Grundkonsens, an dem die KPRF mit großem Engagement und beträchtlichem Erfolg anknüpft.

Eine dritte, die wohl einschneidendste Ursache für die Divergenzen zwischen den sozialdemokratisierten Ex-KPen Ostmitteleuropas und der KPRF als einflußreichster Nachfolgeorganisation der KPdSU liegt in folgendem: Die Ostmitteleuropäer wollen "zurück nach Europa", die Betonung von Gleichartigkeit und sogar Identität mit dem Westen steht im Zentrum ihrer Selbstwahrnehmung. Die zu Sozialdemokraten gewandelten früheren KPen fühlen und profilieren sich als Teil eines Grundkonsenses, der von dem Bestreben charakterisiert ist, ihre in gemeinsamen kulturellen Traditionen tief verankerte europäische Identität jetzt in politische, ökonomische und sicherheitspolitische Realität umzusetzen. In Rußland dagegen bildet die KPRF einen integralen Teil der großen Mehrheit unter den Eliten, die – in abgestufter Weise – die Eigenständigkeit, Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur- und Großmacht hervorkehren. Wie wir sahen, betont sie die eigenen, westlicher Dekadenz überlegenen Werte des russischen Zivilisationstyps und fordert, die spezifische, historisch verankerte "russische Idee" der zukünftigen Staatsdoktrin zugrunde zu legen. Aus dieser Sicht gilt es als unhistorisch, defätistisch und letztlich selbstzerstörerisch, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Rußland in Anlehnung an westliche Vorbilder und Erfahrungen zu transformieren. Logischerweise ergeben sich auch hieraus tiefgreifende Divergenzen zur internationalen Sozialdemokratie, die – auf dem Nährboden von Aufklärung und Rationalismus des Westens gewachsen – die Realisierung von freiheitlicher Demokratie und "allgemein-menschlichen Wer-

¹⁹ Vgl. hierzu und zum folgenden ausführlich meinen Beitrag: Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa: Aufschwung durch Anpassung an nationale Bedingungen und Aspirationen, Berichte des Bundesinstituts, Nr. 31/1994.

²⁰ Im einzelnen hierzu J. Barth Urban, *Russia's Communists at the Crossroads*, Boulder 1997, S. 37ff.

ten" auf ihre Fahnen schrieb und die in diesem Zeichen westliche Politik insbesondere nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs ganz wesentlich mitgestaltet hat.

Als Fazit aus alldem ergibt sich: Die KP Sjuganows steht viel stärker in der Tradition ihrer Vorgängerin als die Ex-KPen Ostmitteleuropas, die sich inzwischen in ihrer Mehrheit glaubhaft zu Sozialdemokraten gewandelt haben und auf verschiedene Weise an die Sozialistische Internationale angebunden wurden. In Ostmitteleuropa war es der demokratische Sozialismus, der über den Partei-Marxismus/Leninismus triumphierte, in Rußland dagegen zu ganz wesentlichen Teilen der großrussische Nationalismus.

Heinz Timmermann

Revolution and Countermovement

Aspects of Power and Opposition under Communism

Bericht des BIOst Nr. 6/1998

Summary

Introductory Remarks

The following report looks at the techniques used by the Russian/Soviet Communists for seizing and maintaining power since the October Revolution of 1917. In addition, it examines several examples of attempts to break away from the Communist mainstream to form reform-oriented counter-movements. In some instances the author tries to draw parallels with the resurrected Communist Party of Russia under Zyuganov. The analysis uses original sources from the parties concerned as well as the writings of mainly Russian and German specialists.

Findings

1. As a result of the critical discussion of Russian/Soviet history that was unleashed by Gorbachev's policy of *glasnost* the events of October 1917 came to be regarded in many quarters as a "putsch" carried out by a small powerful faction rather than as a revolution of the masses. However, such an interpretation, while partially correct, surely does not tell the whole story. While Lenin and his supporters' seizure of power by violent means may indeed be narrowly defined as a "putsch" staged by a small minority, they would certainly not have been successful had their agenda not included demands that were highly popular with the masses at the time.
2. Equally problematic is the tendency to regard the Communist dictatorship that emerged from the revolution solely in terms of its policies of coercion and violence. While this was indeed a primary feature of the new regime and was a prerequisite for Communist rule, the fact remains that the revolutionary upheavals also created a pool of consensus for the regime. For the revolution produced not only millions of "losers" who suffered repressions in its wake but also millions of "winners" who owed their swiftly made careers to the regime and therefore supported it.
3. Paradoxically, Stalin's thesis of "socialism in one country", which turned the ideas of Marx and Lenin upside down, reinforced this consensus still further because it succeeded in bringing the Communist internationalist tradition and Russian great-power nationalism under one umbrella. From then on the main priority was the strengthening and modernisation of the fatherland, with the international revolutionary mission, which was in any case a

pretty abstract concept for the average Soviet citizen, relegated to second place. The consensus-forming function of Soviet patriotism, alias Russian nationalism, reached a peak following the victory over Nazi Germany. Today the CPRF, which occupies a leftist, patriotic platform, seeks to exploit nationalist sentiments to its own advantage.

4. Under these circumstances the Soviet Union became a powerful industrialised, urbanised country with a hugely expanded education system; and yet it was a society without individual rights or opportunities for voluntary association. In other words it underwent a kind of pseudo-modernisation process, acquiring a rubber-stamp parliament, factories without workers' rights, education under conditions of censorship and science without freedom of information. The legacy of this "modernisation" was a fragmented society entirely lacking in internal cohesion. The consequences can be observed in both Russia and the other CIS states today, where the absence of a civil society makes their statehood fragile.
5. In the CPSU and its attendant parties the principle of "democratic centralism" as a mechanism for determining internal party aspirations was deployed in a highly undemocratic and dictatorial manner. Rather than simply assert its monopoly on policy by means of coercion, the Communist Party leadership instead sought to endow it with an air of scientifically-based legitimacy. "Democratic centralism" thus served not just as an organisational model for the Communist Party but was used by its respective leaders as a pseudo-scientific instrument for enforcing their own ideas of what the party's role, strategy and tactics should be. Indeed, the party's organisational principles were one of the chief factors responsible for the arbitrary rule and ossification of communism. A society's potential for reform is determined not least by whether criticism and alternative concepts are allowed to be articulated in the public forum and whether they have a chance to be put into practice.
6. The Soviets also applied the principles of "democratic centralism" on the international level. This had fatal consequences for the Communist movement, because from the mid-1920s onwards the CPSU began to claim a monopoly over its political programme. Other Communist parties were thus forced to adhere to the principles on which the Soviet state was run, whether or not they made sense to them, and even became drawn into factional quarrels in Moscow. Naturally, this was hardly an auspicious basis for making a realistic assessment of fascism or of social democracy.
7. As examples of reform-oriented counter movements that grew out of the communist mainstream, the report examines the chief goals of the Kronstadt mutiny of 1921 and the political programme of the Prague Spring of 1968 – the former briefly and the latter in more detail. In both theory and practice the Dubcek leadership undertook a radical re-evaluation of the central theses of Marxism-Leninism, challenging such central tenets as the power monopoly of the ruling CP, the destruction of a civil society by the state and the utilisation of "democratic centralism" under an ideological guise. The ideas of the Prague reformers continued to be a thorn in the side of the Communist movement even after the Soviet-led intervention and indeed were one of the factors that caused future generations of Soviet leaders to think about the necessity of democratic change in the socialist system.

8. The crushing of the Prague reform experiment showed that it was no longer possible to discuss alternative political programmes within the framework of the existing system. After a brief revival under Khrushchev the official ideology finally lost its internal dynamic under Brezhnev's "real existing socialism". This was one of the chief reasons for the failure of Gorbachev's attempt to breathe new life into the traditional ideology of the CPSU and, after shedding its reactionary wing, to transform the party into a social democratic entity.
9. What actually happened was that the CPSU split in rather a different way: the reformers, beginning with Yeltsin, left the party, launched a democratic counter-revolution and today have the political say in Russia. The former reactionaries, led by Zyuganov, now form the opposition but with a political platform that is no longer Marxist-Leninist but instead a mixture of leftist nationalism and imperialism. This signals two things: first, that Marxism-Leninism is de facto dead in Russia and has been replaced by the leftist nationalist-imperialist concept espoused by the CPSU's successor, the CPRF; second, that this concept clearly has its roots in the great-power Russian nationalism of the CPSU. Thus, Zyuganov's Communist Party has far stronger links to the traditions of its predecessor than the former communist parties of East Central Europe have to theirs – on the contrary, in East Central Europe the majority of former communist parties have succeeded in forming credible social democratic movements with ties of various kinds to the Socialist International. In East Central Europe Marxism-Leninism has yielded to democratic socialism whereas in Russia its place has been filled to a very great extent by Russian nationalism.